

## Unter Räubern

Sie tauchen in keiner Kriminalitätsstatistik auf. Keine Polizei macht sich auf, sie ins Gefängnis zu stecken. Die Beklauten wehren sich nicht, manche begrüßen es sogar bestohlen zu werden. Die Räuber sind keine Robin Hoods, die den Reichen nehmen und den Armen geben, nein, hier ist es genau umgekehrt. Die NormalbürgerInnen werden bestohlen und die Beute an die Reichen verteilt. Nein, diese Räuber haben nicht mehr viel mit den Räubern von früher gemein. Geschniegelt und grinsend verkünden sie ihre Räubereien im Fernsehen: *Rente wird abgesenkt, dafür dürft ihr länger arbeiten! Legt schon mal was fürs Alter zurück, ihr wisst ja, von den Rentenansprüchen wollen wir auch noch was abknapsen! Vergesst dabei aber nicht, auch von diesem Ersparten wollen wir dann noch Steuern, höhere Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge! Gebt erst euer Erspartes ab, sonst gibt es kein Arbeitslosengeld II! - Spart schon mal: für den Zahnersatz, für einen Krankenhausaufenthalt, für den nächsten Arztbesuch...!* - Und die Räuber werden nicht müde, immer neue Raubzüge anzukündigen.

Die Losung der Räuber, einer Koalition aus SPD, CDU, Grünen, FDP, Reichen und Wirtschaftsbossen lautet: „Arbeit muss billiger werden!“ Durch die Senkung der Löhne, - und dazu gehören eben auch die sogenannten Lohnnebenkosten -, gehe es mit der Wirtschaft bergauf und folglich werde die Zahl der Erwerbslosen sinken. Aber wer die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre verfolgt hat, weiß, dass Reallohneinbußen, Steuergeschenke und Subventionen, welche die Firmen in den letzten Jahren großflächig abzogen, nicht ansatzweise zu einem Mehr an Beschäftigung führten. Im Gegenteil, die zusätzlichen Geschenke wurden für Spekulationen, Rationalisierungen und immensen Zuwächsen bei den Gehältern von Managern genutzt. Die Reichen wurden nur noch reicher: Die Zahl der Dollar-Millionäre (ohne Immobilienbesitz) stieg in der Bundesrepublik von 730.000 im Jahre 2001 auf 755.000 im Jahre 2002.

Aber was nützen schon Fakten. Für die Wirtschaft heißt das Gebot der Stunde, die einmalig günstige Gelegenheit zu nutzen, und das Sozialversicherungssystem gemeinsam mit den ArbeiterInnenrechten als "überflüssigen Ballast" zu entsorgen.

### Aktuell sind folgende Einschnitte bei den Sozialversicherungen geplant:

Bei der gesetzlichen **Krankenversicherung** sind nach dem Gemeinschaftsvorschlag von CDU, CSU, SPD, den Grünen und der FDP folgende Einschnitte geplant:

- Der Zahnersatz gehört ab 2005 und das Krankengeld ab 2007 nicht mehr zu den Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen. Hier muss mensch sich, so er sich das leisten kann, entweder bei der gesetzlichen oder den privaten Krankenkassen selbst versichern.
- Patienten sollen generell 10 Prozent der Kosten für Medikamente, Krankenhausaufenthalte und Arztbesuche, mindestens aber 5 Euro, maximal 10 Euro, tragen. Die Zuzahlung bei ambulanter ärztlicher und zahnärztlicher Behandlung beträgt 10 Euro je Quartal und Behandlungsfall. Erfolgt eine Behandlung beim Facharzt auf Überweisung, entfällt dort die Zuzahlung. Bei Heil- und Hilfsmitteln, häuslichen Pflegeleistungen und Fahrten in Kranken- und Notfallwagen werden jeweils 10 Euro fällig.
- Bei Krankenhausaufenthalten fallen täglich 10 Euro Gebühr für maximal 28 Tage pro Jahr an.



- Nicht mehr bezahlt werden nicht verschreibungspflichtige Medikamente, Taxifahrten zur ambulanten Behandlung, das Sterbegeld, Sterilisation aus nicht-medizinischen Gründen und das Entbindungsgeld. Sehhilfen erstattet die Kasse nur noch für Jugendliche bis 18 und schwer Sehbehinderte. Künstliche Befruchtung wird nur noch eingeschränkt bezahlt.
- Zur Finanzierung von Schwangerschafts- und Mutterschaftsgeld soll die Tabaksteuer in drei Stufen um insgesamt einen Euro pro Packung angehoben werden.
- Für alle Versicherten gilt künftig für alle Zuzahlungen gleichermaßen eine Obergrenze von 2 Prozent des Jahresbruttoeinkommens. Für chronisch Kranke beträgt sie 1 Prozent. Kinder und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr sind generell befreit.
- RentnerInnen sollen in Zukunft den vollen statt den halben Krankenkassenbeitrag auf zusätzliche Einkünfte zahlen. Dies trifft auch für betriebliche Altersrenten zu.

Im Gegenzug soll, so die Kommission, der Krankenkassenbeitrag bis zum Jahre 2006 auf 13 Prozent absinken. Real bedeutet diese „Reform“, dass Arbeit“geber“ entlastet werden, während für die Versicherten die Kosten weiter ansteigen. Gesundheit wird zu einem Privileg derjenigen, die es sich leisten können.

Für die **Rentenversicherung** schlägt die Rürup-Kommission eine Erhöhung der Regelaltersgrenze von 65 auf 67 Jahre vor. Die Berechnungsgrundlage für die jährliche Rentenanpassung soll zu Ungunsten der RentnerInnen (auch der zukünftigen) verändert werden. Jenseits der Kommissionsvorschläge ist die Aussetzung von Rentenerhöhungen geplant.

Für die **Pflegeversicherung** ist von der Rürup-Kommission die Erhöhung der Beiträge für RentnerInnen (um ca. 20 Euro monatlich bei einer Durchschnittsrente) und eine massive Leistungsstreichung bei stationärer Unterbringung von Patienten der Pflegestufen 1 und 2 vorgesehen. So soll zum Beispiel die Versicherungsleistung bei Pflegestufe 1 in stationärer Pflege von gegenwärtig 1023 auf 400 Euro abgesenkt werden.

Bei der **Arbeitslosenversicherung** soll laut Agenda 2010 die Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld bei älteren Erwerbslosen (ab 45 Jahren) massiv gesenkt werden. So soll zum Beispiel die maximale Anspruchsdauer eines/einer 57jährigen von 32 auf 18 Monate gesenkt werden. Anstatt der bisherigen Arbeitslosenhilfe soll es demnächst ein Arbeitslosengeld II geben. Das soll die Höhe der Sozialhilfe nur geringfügig überschreiten. Und dessen Erhalt setzt voraus, dass das private Vermögen weitgehend verbraucht ist.

Dem Mangel an **Ausbildungsplätzen** soll mit Druck auf die Jugendlichen begegnet werden. Jugendliche, die ein Angebot „unbegründet“ ablehnen, sollen mit dem Entzug jeglicher staatlicher Leistung für die Zeit von drei Monaten bestraft werden. So viel zum Thema freie Berufs- und Ausbildungsplatzwahl.

Die genannten Einschnitte sollen größtenteils im Herbst beschlossen werden. Und schon sind neue "Reformen" im Gespräch, wie zum Beispiel die Abschaffung von Feiertagen, Lockerung des Kündigungsschutzes, Kürzungen bei den Entfernungspauschalen... Angedroht sind Allparteien-Kommissionen zur Reform von Renten- und der Pflegeversicherung. Eine nennenswerte parlamentarische Opposition zu den „Reform“plänen gibt es nicht.

Der soziale Kahlschlag kann nur noch von den Betroffenen selbst verhindert werden. Nur eine breite öffentliche Protestbewegung kann die Pläne der Parteien durchkreuzen.

**Bereiten wir den Politikerinnen und Politikern einen heißen Herbst!**

**Verhindern wir den geplanten Sozialabbau!**

### **Wir über uns**

Wir sind eine Gruppe von Leuten aus dem Kreis Herford, die es nicht hinnehmen wollen, wie tagtäglich die Arbeitsbedingungen der abhängig Beschäftigten verschlechtert werden, wie SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz bekommen, wie Kranke immer mehr für ihre Behandlung bezahlen müssen, wie Renten abgesenkt werden, wie Erwerbslose immer rechtloser werden, wie Pflegebedürftige zum Spielball der Politik werden ...

Wir wollen uns nicht länger das Geschwätz von den angeblich so armen und selbstlosen Unternehmern und den „verwöhnten“ ArbeiterInnen, Angestellten, RentnerInnen und Arbeitslosen anhören.

Wir finden es unerträglich, dass sich, anders als in anderen europäischen Ländern, kaum Widerstand gegen den Sozialabbau und den Zynismus der Reichen und ihrer Politiker regt.

Darum: wer eine menschenwürdige Zukunft will, muss jetzt Widerstand gegen die Pläne von Wirtschaft und Politik leisten. Allen muss klar sein: was uns jetzt an sozialen Errungenschaften abgeknöpft wird, ist unwiederbringlich verloren.

Also protestiert gegen alle Formen des Sozialabbaus - werdet aktiv.

Wir freuen uns über jedeN, der/die uns unterstützen möchte.

Kontakt: genug ist genug, c/o Provinzbuchladen, Hämelingerstr. 22, 32052 Herford  
Tel.: 0174-5619589, email: genugistgenug@webemil.de